PARTEILEHRJAHR aktuell ▶ Informationen zu Themen des Monats

Neu bei Dietz

Franz Dahlem

Am Vorabend des zweiten Weltkrieges

1938 bis August 1939 – Band 2

Dietz Verlag Berlin 1977 – 476 S. Leinen – 11,50 M – Bestell-Nr. 736 704 5

Mit dem Erscheinen des zweiten Bandes der Erinnerungen von Franz Dahlem liegt dieses wichtige Werk zur Geschichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung in jener bedeutsamen historischen Periode nunmehr geschlossen vor. Anknüpfend an die Darlegungen im ersten Band, schildert Franz Dahlem unter der Überschrift „Zur Umsetzung der Beschlüsse der Berner Konferenz unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg" vor allem die Lage im faschistischen Deutschland und den illegalen Kampf der KPD sowie anderer antifaschistischer Kräfte gegen das Regime und seine Kriegspolitik. Auf dem historischen Hintergrund der Auseinandersetzung der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts unter Führung der Sowjetunion mit denen der imperialistischen Weltreaktion zur Verhinderung des Krieges stellt der Verfasser eingehend das unermüdliche Ringen der deutschen Kommunisten um die Einigung aller antifaschistischen Kräfte in Deutschland und in der Emigration dar.

Franz Dahlem schöpft in seinen Erinnerungen aus dem reichen Schatz von Kenntnissen und Erfahrungen, die er in seiner Tätigkeit im Kollektiv der Parteiführung der KPD sammeln konnte, doch verarbeitet er darüber hinaus – wie bereits im ersten Band – in umfassender Weise zum Teil wenig bekanntes dokumentarisches Material aus jener Zeit. Wir finden aber auch plastische Schilderungen über Begegnungen des Autors mit namhaften Persönlichkeiten sowie andere aufschlußreiche Episoden aus dem damaligen Leben und Kampf des Verfassers und seiner engeren Kampfgefährten in der Emigration.

Ein Personenverzeichnis zu beiden Bänden hilft dem Leser, sich den reichhaltigen historischen Stoff zu erschließen.

Sozialismus – Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie

Beiträge von Eva Altmann, Wolfgang Eichhorn I, Ernst Haak, Frank Joachim Herrmann, Herbert Hörz, Gisela Kaderschafka, Hermann Klenner, Hans Koch, Alfred Kosing, Michael Laschke, Günter Söder, Herbert Steininger, Gerwin Udke

Dietz Verlag Berlin 1977 – 272 S. Broschur – 3,50 Mark – Bestell-Nr. 736 931 5

In dieser Sammlung von Artikeln bekannter Gesellschaftswissenschaftler der DDR wird die weltanschauliche Position des Marxismus-Leninismus zur Frage des Humanismus und der Menschenrechte entwickelt. Zwingend und zugleich anschaulich zeigen die Autoren, daß Sozialismus und Freiheit, Demokratie und die anderen Menschenrechte eine Einheit bilden, daß nur unter den Bedingungen sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf der Grundlage der von Ausbeutung befreiten Arbeit der Humanismus zur Realität wird. Entstanden als geistiger Ausdruck von Klasseninteressen tragen die Ideen des Humanismus und die Auffassungen von den Menschenrechten ebenso wie das Streben nach Freiheit und Demokratie stets Klassencharakter. Unter dem Eindruck der wachsenden Anziehungskraft des realen Sozialismus, des zunehmenden Einflusses der Ideen des Marxismus-Leninismus und im Ergebnis der Zuspitzung der Krise des kapitalistischen Systems verschärfen die Gegner des Sozialismus die ideologische Auseinandersetzung daher besonders zu den Fragen des Humanismus und der Menschenrechte.

Die Autoren setzen sich mit bürgerlichen, revisionistischen und sozialreformistischen Losungen wie „Freiheit oder Sozialismus", „Demokratie oder Diktatur" auseinander und entlarven die Forderung nach „Verbesserung des Sozialismus durch mehr Menschlichkeit, Demokratie und Freiheit" als Demagogie, die vom antihumanistischen Wesen des Imperialismus ablenken und den realen Sozialismus diffamieren soll.

Untrennbarer Teil und Kern unseres Weltsystems

seminar zum studium von Grundproblem des revolutionären Weltprozesses

Wenn wir uns mit den Entwicklungsprozessen der sozialistischen Welt befassen, gebrauchen wir zwei Begriffe: „Sozialistisches Weltsystem" und „sozialistische Staatengemeinschaft". Doch nicht immer werden diese Termini richtig angewandt. Mitunter werden sie als Synonyme verwendet und beliebig untereinander ausgetauscht. Beide Begriffe haben jedoch ihre Spezifik.

Bereits die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 und das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 1961 beschlossene Parteiprogramm haben das Weltsystem des Sozialismus als „die soziale, politische und ökonomische Gemeinschaft freier und souveräner Völker" definiert, „die gemeinsam den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, geeint durch die Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele sowie durch feste Verbindung der internationalen Solidarität". Das sozialistische Weltsystem ist also die Gesamtheit der Länder, in denen die sozialistische Revolution durchgeführt wurde bzw. wird, die Gesamtheit der Länder, die aus dem imperialistischen Weltsystem ausgebrochen sind. Alle sozialistischen Staaten sind objektiv durch Gemeinsamkeiten miteinander verbunden, die sich im Verlauf der sozialistischen Revolution entwickeln. **Diese objektiven Grundlagen des sozialistischen Weltsystems bestehen**

– in der politischen Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen,

– in der gleichen sozialökonomischen Ordnung,

– in der herrschenden marxistisch-leninistischen Ideologie und

– in der klassenbedingten Übereinstimmung der grundlegenden Interessen und Ziele beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sowie im Kampf gegen den Imperialismus.

Diese objektiven Gemeinsamkeiten garantieren aber noch nicht das Handeln und Auftreten des sozialistischen Weltsystems als sozialistische Staatengemeinschaft.

Die sozialistische Staatengemeinschaft ist, wie es im Parteiprogramm der SED heißt, das auf dem IX. Parteitag angenommen wurde, „ein Bündnis von Staaten, das auf gleichartigen sozialökonomischen und politischen Grundlagen, auf der einheitlichen Ideologie, dem Marxismus-Leninismus, auf der Gemeinsamkeit der kommunistischen Ziele und Interessen, auf der internationalen Solidarität der Werktätigen beruht. Sie ist ein Bündnis völlig neuen Typs, dessen führende Kraft die Arbeiterklasse und ihre kommunistischen und Arbeiterparteien sind. In der sozialistischen Staatengemeinschaft prägt sich die dem Sozialismus eigene Dynamik der politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Entwicklung immer deutlicher aus."

Damit wird die subjektive Seite der Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft, die bewußte internationalistische Politik der regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien betont. Die sozialistische Staatengemeinschaft ist also der Teil des sozialistischen Weltsystems, in dem die Beziehungen bewußt nach den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus geregelt werden. Sie ist der Teil des sozialistischen Weltsystems, in dem besonders enge, vertraglich vereinbarte Verbindungen zwischen den sozialistischen Staaten bestehen.

In der sozialistischen Staatengemeinschaft existiert eine brüderliche Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen, in Politik, Ökonomie, Ideologie, Kultur, Wissenschaft, Militärwesen usw. Die gesamte Strategie und Taktik für die Beziehungen in der sozialistischen Staatengemeinschaft wird von den marxistisch-leninistischen Parteien der ihr angehörenden Länder gemeinsam erarbeitet.

Die sozialistische Staatengemeinschaft darf in keinem Fall dem sozialistischen Weltsystem gegenübergestellt werden. Sie spielt als untrennbarer Bestandteil und Kern des sozialistischen Weltsystems im engen Zusammenschluß um die Sowjetunion eine Pionierrolle bei der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und internationalistischer Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. Die sozialistische Staatengemeinschaft stellt die gegenwärtig höchste Entwicklungsstufe im Prozeß der Annäherung und des Aufblühens sozialistischer Nationen im Rahmen des sozialistischen Weltsystems dar. Sie leistet unter Führung der Sowjetunion den entscheidenden Beitrag in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus, zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Fortschritts und damit zur Entwicklung des sozialistischen Weltsystems als Ganzes. Die sozialistische Staatengemeinschaft unterliegt einem ständigen Entwicklungsprozeß. Sie erweitert sich quantitativ – davon zeugen der Eintritt der Mongolischen Volksrepublik und des sozialistischen Kuba in den RGW in den Jahren 1962 bzw. 1972 – und verändert sich qualitativ. Genosse L. I. Breshnew charakterisierte diesen Entwicklungsprozeß auf dem XXV. Parteitag der KPdSU mit folgenden Worten: „Mit dem Aufblühen jeder sozialistischen Nation und dem Erstarken der Souveränität der sozialistischen Staaten werden ihre gegenseitigen Beziehungen immer enger, entstehen immer mehr gemeinsame Elemente in ihrer Politik, Wirtschaft und ihrem sozialen Leben, gleicht sich ihr Entwicklungsniveau allmählich einander an. Dieser Prozeß der allmählichen Annäherung der sozialistischen Länder tritt heute mit aller Deutlichkeit als gesetzmäßige Erscheinung zutage."

Gleichzeitig verwies er auf die große Verantwortung der regierenden marxistisch-leninistischen Parteien auf diesem Gebiet: „Vieles hängt hier selbstverständlich von der Politik der regierenden Parteien ab, von ihrer Fähigkeit, die Einheit zu wahren, gegen Abkapselung und nationale Isolierung zu kämpfen, die gemeinsamen internationalen Aufgaben zu erkennen und Hand in Hand an der Lösung dieser Aufgaben zu arbeiten."

Unsere Partei ist sich dieser Verantwortung voll bewußt. „In ihrer gesamten außenpolitischen Tätigkeit läßt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands von der historischen Wahrheit leiten, daß die Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern mit den Interessen der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft übereinstimmen. Sie geht davon aus, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre historischen Aufgaben nur im Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern lösen kann", heißt es im Parteiprogramm der SED.

Wie konsequent sich unsere Partei- und Staatsführung um die Erweiterung und Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft bemüht, zeigt nicht zuletzt der Abschluß neuer Freundschaftsverträge mit der Sowjetunion (7. Oktober 1975), mit der Ungarischen Volksrepublik (24. März 1977), der Mongolischen Volksrepublik (28. März 1977), mit der Volksrepublik Bulgarien (14. September 1977), mit der CSSR (3. Oktober 1977) und mit der Sozialistischen Republik Vietnam (am 4. Dezember 1977).

Dr. Lutz-Dieter Behrendt

Thema:

Das sozialistische Weltsystem – die revolutionäre Hauptkraft unserer Epoche. Der IX. Parteitag der SED über die Aufgaben der DDR bei der weiteren Stärkung des Sozialismus in der Welt.

Schwerpunkte:

1. Warum ist das sozialistische Weltsystem die revolutionäre Hauptkraft unserer Epoche?

2. Welche Aufgaben hat der IX. Parteitag der SED für den Beitrag der DDR zur weiteren Stärkung des Sozialismus in der Welt gestellt?

3. Auf welchen Gebieten vollzieht sich die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft?

Literatur:

Zusammenarbeit und Annäherung in der sozialistischen Gemeinschaft, Berlin 1977;

G. Hahn, Die Welt des Sozialismus, Berlin 1975;

E. Kalbe/W. Maiwald, Zur Verwirklichung des sozialistischen Internationalismus im Weltsystem des Sozialismus. In: Partei, Tradition, Wissenschaft. Beiträge von Gesellschaftswissenschaftlern der Karl-Marx-Universität Leipzig, Berlin 1976, S. 183–206.

W. Maiwald, Sozialistische Integration und Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Leipzig 1977, S. 28 bis 39

Sozialismus – Theorie und Praxis, Berlin 1977, S. 309 ff.

Strategie und Taktik im Kampf um die Macht

seminar zum studium der Geschichte der KPdSU

Die Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland ist gekennzeichnet durch beispielloses revolutionäres Heldentum der werktätigen Massen unter der politischen und organisatorischen Führung der Partei der Bolschewiki.

Die Februarrevolution hatte den Zarismus hinweggefegt und die erste, die demokratische Etappe des Kampfes unter der Hegemonie des Proletariats eingeleitet. Mit der Bildung der Doppelherrschaft (auf der einen Seite die Provisorische bürgerliche Regierung, auf der anderen die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) entstanden neben der politischen und ökonomischen Herrschaft durch die russische Bourgeoisie Keime der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, vor allem im Zentrum der revolutionären Bewegung, in Petrograd.

Die Ursachen für die Entstehung der Doppelherrschaft und für die Vormachtstellung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in vielen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sah Lenin in der ungenügenden politischen Reife und Organisiertheit des russischen Proletariats und in der außerordentlichen Aktivierung der kleinbürgerlichen Bevölkerungsschichten, die im Lande die absolute Mehrheit bildeten.

„Die riesige kleinbürgerliche Woge hat alles überflutet, sie hat das klassenbewußte Proletariat nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern auch ideologisch überwältigt, das heißt, sie hat sehr breite Arbeiterkreise mit kleinbürgerlichen politischen Ansichten angesteckt, ergriffen."[1]

Die Februarrevolution hatte die Grundfragen des Volkes nicht gelöst. Der imperialistische Krieg wurde durch neue Offensiven der russischen Armee, die Tausenden Arbeitern und Bauern das Leben kosteten, weitergeführt. Der Boden blieb weiterhin in den Händen der Gutsbesitzer, die Arbeiterklasse war weiterhin der ungeheuren Ausbeutung der russischen Bourgeoisie ausgesetzt und die nationale Unterdrückung der nichtrussischen Völkerschaften wurde fortgesetzt. Das revolutionäre Proletariat konnte also bei dieser demokratischen Etappe des Kampfes nicht stehen bleiben.

Nur im Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution sahen Lenin und die Bolschewiki die Möglichkeit, die brennenden Fragen im Interesse der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes zu lösen.

Die von Lenin ausgearbeitete politische Hauptlinie der Bolschewiki bestand darin, den Übergang der Macht an die Sowjets zu erkämpfen. Die sozialrevolutionär-menschewistische Führung aber wollte das nicht. Deshalb waren die Bolschewiki bestrebt, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus der Führung der Sowjets zu verdrängen, die Mehrheit in den Sowjets für die Bolschewiki zu gewinnen und die Politik so zu verändern, daß die gesamte Macht schrittweise und auf friedlichem Wege in die Hände der Arbeiterklasse überging und die Doppelherrschaft beseitigt wurde. „Einen höheren besseren Typus der Regierung als die Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten hat die Menschheit nicht hervorgebracht und kennen wir bisher nicht."[2]

Die Aprilthesen Lenins legten die nächsten Aufgaben für die Durchführung der Revolution fest. Die Weiterführung des imperialistischen Krieges durch die Provisorische Regierung und die sich verstärkende wirtschaftliche Zerrüttung seit dem Frühjahr 1917 führten zur Verschärfung des Klassenkampfes, der in drei heftigen politischen Krisen (April, Juni und Juli) besonders deutlich zum Ausdruck kam.

Für die werktätigen Massen Rußlands wurde die sich ständig verschärfende revolutionäre Situation, deren Vorhandensein Lenin als unerläßlich für die Durchführung der proletarischen Revolution erkannt hatte, immer deutlicher sichtbar.

Die politischen Krisen waren ein ausschlaggebender Faktor für die politische Erziehung und die revolutionäre Aktivität der Massen. Im Verlaufe dieser Krisen trat das wahre Gesicht der Klassen und der Parteien besonders anschaulich zutage. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten lernten an ihrer eigenen Erfahrung, ihre echten Freunde und ihre wahren Feinde zu erkennen. Damit beschleunigte sich der Prozeß der Befreiung der Massen vom Einfluß der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Parteien sowie ihr Zusammenschluß um die Partei der Bolschewiki mit dem Ziel, die sozialistische Revolution durchzuführen.[3]

Trotzdem gelang es der Konterrevolution nach der Juli-Krise zeitweilig einen Sieg zu erringen. Mit der Beseitigung der Doppelherrschaft verschwand auch die Möglichkeit für den friedlichen Entwicklungsweg der Revolution.

Der VI. Parteitag der Bolschewiki beschloß deshalb einmütig den Kurs auf den bewaffneten Aufstand und legte die theoretischen, politischen und organisatorischen Aufgaben für diesen Kurs fest.

Nach der Niederschlagung des Kornilow-Putsches, zu der sich unter der Führung der Bolschewiki das gesamte revolutionäre Proletariat und die Massen der werktätigen Bauern erhoben hatten, ergab sich im September 1917 die Möglichkeit für die Übernahme der Macht durch die Sowjets. Doch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre blieben den Argumenten der Bolschewiki und der revolutionären Aktivität der werktätigen Massen gegenüber taub und trieben weiterhin die verbrecherische Politik des Versöhnlertums mit der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Nach einer grundlegenden Analyse der politischen Situation im Lande kam Lenin zu der Schlußfolgerung: „Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen. Hinter uns ist die Mehrheit des Volkes... Der Sieg ist unser..."

Am 24. und 25. Oktober erfolgte der bewaffnete Aufstand in Petrograd. Unter der politischen und organisatorischen Führung der Bolschewiki stürzten die revolutionären Arbeiter und Soldaten die Diktatur der Bourgeoisie. Auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten rief Lenin diesen Sieg der revolutionären Arbeiter Rußlands in die Welt hinaus.

Dr. Heidemarie Perlbach

Anmerkungen:

1. Lenin, W. I., Werke Band 24, S. 46
2. Ebenda S. 22
3. Vgl. Naumow, W. P., Die Kommunistische Partei als Organisator und Inspirator der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in: Vorträge zur Geschichte der KPdSU, hrg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
4. Lenin, W. I., Werke, Band 26, S. 6

Thema:

Die Strategie und Taktik der Partei der Bolschewiki im Kampf um die Eroberung der Diktatur des Proletariats. Die welthistorische Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Allgemeingültigkeit ihrer Erfahrungen und Lehren.

Schwerpunkte:

1. Wodurch war die Lage in Rußland nach dem Sieg der Februarrevolution gekennzeichnet?

2. Wie kommen in den „April-Thesen" die wesentlichen Grundfragen der von Lenin erarbeiteten revolutionären Theorie zum Ausdruck?

3. Die entscheidenden Ursachen für den Sieg der Oktoberrevolution und die tiefgreifenden internationalen Auswirkungen dieser Revolution.

Literatur:

W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution (April-Thesen). In: Werke, Bd. 24, S. 1-8

XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter, L. I. Breshnew. Berlin 1976, S. 5–7, 106–108

Erich Honecker: Die Schatzkammer der historischen Erfahrungen der Partei Lenins. In: Neues Deutschland, 26./27. Februar 1977, S. 9

Das Wohl des Volkes ist der Sinn unseres Kampfes. Aus dem Referat des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 25. 2. 1977. In: Neuer Weg, Heft 6/77, S. 241–245

SLUB Wir führen Wissen.